

ANALYSE

Henrik Maihack
März 2025

Afrikapolitik nach der Bundestagswahl

Fünf Ideen

Internationale Zusammenarbeit
Referat Afrika

Friedrich
Ebert 
Stiftung

Impressum

Herausgeberin

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
info@fes.de

Herausgebende Abteilung

Abteilung Internationale Zusammenarbeit / Referat Afrika
<https://www.fes.de/referat-afrika/>

Inhaltliche Verantwortung und Redaktion

Dr. Henrik Maihack, Leiter des Referats Afrika
henrik.maihack@fes.de

Kontakt

konstanze.lipfert@fes.de

Lektorat

Enrico Wagner / pertext | corporate publishing

Design/Layout

pertext | corporate publishing
www.pertext.de

Titelbild

picture alliance / photothek | Florian Gaertner

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

März 2025

© Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

ISBN 978-3-98628-694-1

Weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung finden Sie hier:

➤ www.fes.de/publikationen

Henrik Maihack
März 2025

Afrikapolitik nach der Bundestagswahl

Fünf Ideen

Inhalt

Afrikanpolitik in einer multipolaren Welt	3
1. Idee: Eine neue Troika für das Horn von Afrika zur Stärkung der AU	5
2. Idee: Die Beziehungen zu Südafrikas und Ghanas neuen Regierungen vertiefen	7
3. Idee: Demokratie wirtschaftlich schützen	10
4. Idee: Die afrikanische Handelszone stärker an Europa anbinden	12
5. Idee: Mehr Pragmatismus für eine wertebasierte Afrikanpolitik	14
Zum Schluss	17

Afrikapolitik in einer multipolaren Welt

Die kommende Bundesregierung beginnt das zweite Viertel des 21. Jahrhunderts inmitten eines immer weniger einflussreichen und gespaltenen Westens. Die G7-Staaten mit insgesamt weniger als zehn Prozent der Weltbevölkerung – Tendenz sinkend – müssen mit einer globalen Unordnung umgehen, in der die Länder des Globalen Südens¹ mit mehr als zwei Dritteln der Weltbevölkerung – Tendenz steigend – an Einfluss gewinnen. Waren die G7 nach dem Kalten Krieg noch für knapp die Hälfte der weltweiten Wirtschaftskraft verantwortlich, ist es heute nur noch ein Viertel. Die USA ziehen sich unter Trump derweil brachial aus dem westlich geprägten Multilateralismus zurück. Länder wie Südafrika, Brasilien und Indien wollen die multilateralen Institutionen hingegen reformieren und stärken, was während ihrer drei direkt aufeinanderfolgenden G20-Präsidentschaften (2023–2025) deutlich wird. Die Mitglieder und Partner der zuletzt vor allem in Afrika expandierenden BRICS-Staaten² erwirtschaften heute mehr als ein Drittel der globalen Wirtschaftskraft. Ihre Regierungen repräsentieren mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung. Gemeinsam haben viele afrikanische Länder mit anderen Ländern des Globalen Südens, dass ihnen die Reform des Multilateralismus zu langsam vorangeht.

Die internationale Politik wird damit noch unübersichtlicher, flexibler, bilateraler und transaktionaler. Weder die BRICS noch die G7, nicht einmal die G20 oder die Vereinten Nationen (VN) sind noch in der Lage, die dringenden globalen Krisen allein zu lösen. Neue Bündnisse entstehen schnell, andere verlieren langsam an Wert. Fest steht: Die traditionellen Pfeiler deutscher Außenpolitik aus der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts – Westbindung, transatlantische und deutsch-französische Freundschaft in einer integrierten Europäischen Union (EU) – werden nicht mehr ausreichen, um in einer sich multipolarisierenden Welt mit verschiedenen, miteinander im Wettbewerb stehenden und ungleichen Machtzentren zu bestehen. Stattdessen werden diese Pfeiler wackliger.

Diesem Wettbewerb wird sich Deutschland als besonders exportabhängige europäische Wirtschaft in zu-

nehmendem Maße stellen müssen. Unser Wohlstand hängt davon ab, ob Multilateralismus weiterhin funktioniert und es künftig noch gelingen wird, globale Krisen in einer immer gefährlicheren Welt zu lösen. Dafür wird Deutschland mehr denn je auf flexible Partnerschaften und neue Bündnisse mit Ländern außerhalb des Westens angewiesen sein. Ebenso wie andere regionale Mittelmächte – in Afrika etwa Nigeria, Südafrika oder Kenia – hat Deutschland kein Interesse an einer neuen Bipolarität und ist nicht mächtig genug, um im 21. Jahrhundert die Regeln im Alleingang zu bestimmen, kann diese aber gemeinsam mit anderen reformieren und verteidigen.

Afrika ist mit mehr als einem Viertel der Stimmen (54 von 193) der Kontinent mit dem größten Gewicht in der Generalversammlung der VN, aber – ähnlich wie Europa – ohne weltweit einflussreiche Großmacht. Ein Viertel der Weltbevölkerung wird 2050 in Afrika leben, ein Kontinent, der nur 14 Kilometer von Europa entfernt liegt. Dort schauen viele mit Hoffnung auf die kommende multipolare Welt, nicht wie bei uns mit Pessimismus.³ Viele afrikanische Regierungen haben sich spätestens seit der im Westen ausgelösten Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2008 und dem damit einhergehenden zunehmenden Engagement von China, Indien oder der Türkei in Afrika gut in dieser neuen Welt eingerichtet und wissen multipolare Angebote strategisch zu nutzen.

Wer einen regelbasierten Multilateralismus verteidigen und reformieren und damit den wirtschaftlichen Wohlstand Deutschlands absichern will, kann dies nicht ohne afrikanische Länder tun. Wer die europäische Abhängigkeit von China im Bereich kritischer Rohstoffe reduzieren will, wird dafür Rohstoffpartnerschaften mit afrikanischen Ländern benötigen. Wer Fachkräfte anwerben will, wird dafür attraktive Angebote an afrikanische Gesellschaften entwickeln müssen. Und wer Sicherheit in Europa stärken will, muss sich nicht nur für eine friedliche NATO-Ostflanke einsetzen, sondern gemeinsam mit afrikanischen Partnern auch für Stabilität an der Südflanke der NATO sorgen, wo sich derzeit vom Golf von Guinea bis zum Roten Meer bewaffnete Kon-

¹ Der Begriff »Globaler Süden« wird hier für die 134 Länder der G77 verwendet, die sich im Rahmen der Vereinten Nationen selbst und gemeinsam als Globaler Süden und Entwicklungsländer definiert haben (siehe The Group of 77, <https://uat.g77.org/background>).

² Die ursprünglichen Mitglieder der 2006 gegründeten informellen Staatenvereinigung waren Brasilien, Russland, Indien und die Volksrepublik China. Im Jahr 2010 folgte die Erweiterung um Südafrika sowie 2024 um Iran, Ägypten, Äthiopien und die Vereinigten Arabischen Emirate. Seit 2025 ist auch Indonesien als vollwertiges Mitglied aufgenommen. Belarus, Bolivien, Kasachstan, Kuba, Malaysia, Thailand, Uganda, Usbekistan und Nigeria sind seit 2025 BRICS-Partnerländer.

³ Vgl. Stiftung Münchner Sicherheitskonferenz (2025): *Munich Security Report 2025. Multipolarization*, <https://securityconference.org/en/publications/munich-security-report-2025/>.

flikte und Terrororganisationen ausbreiten. Kurzum: Sich nicht in Afrika zu engagieren, kann sich die neue Bundesregierung nicht leisten.

Als starke Mittelmacht wird der neuen Bundesregierung diesbezüglich eine ungewohnte afrikapolitische Führungsrolle in der EU zukommen, vor allem da Frankreich aufgrund seines jahrzehntelangen neokolonialen Paternalismus in Afrika diskreditiert ist. Eine europäische Afrikapolitik, die vor allem eine französische ist oder als solche wahrgenommen wird, ist daher nicht länger tragbar. Die neue Bundesregierung hat dabei kaum Zeit zum Aufwärmen: Der nächste gemeinsame Gipfel der Afrikanischen und der Europäischen Union wird möglicherweise schon in der zweiten Jahreshälfte 2025 stattfinden. In beiden Kontinentalorganisationen beginnen in diesen Tagen neu gewählte Kommissionen ihre Arbeit und setzen außenpolitische Prioritäten.

Umso besorgniserregender ist ein Blick auf das derzeitige gesamteuropäische Angebot an Afrika. Italien verfolgt gemeinsam mit der EU-Kommission und afrikanischen Autokraten eine brachiale Abschottungspolitik. Der Rechtsruck bei den Wahlen in Italien, Österreich und den Niederlanden wurde auch in Afrika beobachtet. Mit Sorge blickt man dort auf die nächsten Wahlen in Frankreich im Jahr 2027. Derzeit vermittelt Europa eher den Eindruck, sich vor afrikanischen Menschen schützen als Partnerschaften mit afrikanischen Ländern vorantreiben zu wollen. Daher ist es kein Wunder, dass Europa zwar weiterhin der größte Handelspartner, aber laut Umfragen in Afrika unbeliebter ist als die USA oder China.⁴ Dies wird für Deutschland zunehmend auch ein geoökonomisches Problem, weil so Partnerschaften mit Regierungen, Zivilgesellschaft und Wirtschaft in Afrika erschwert werden, die man mehr denn je brauchen wird.

Gleichzeitig werden die Beziehungen zu Afrika auch dadurch erschwert, wenn man den Kontinent lediglich als geopolitisches Schachbrett sieht. Der Wettbewerb um Einflussphären ist auch 140 Jahre nach der Berliner »Kongokonferenz« (1884/1885) Gift für die Festigung von Partnerschaften in Afrika. Wer afrikanische Erfahrungen mit Imperialismus, Kolonialismus und Stellvertreterkonflikten erkennt und sich in erster Linie deswegen engagiert, weil auch China und Russland dies tun, wird es schwer haben. Das Thema des Jahres 2025 für die Afrikanische Union (AU) heißt nicht umsonst: »Gerechtigkeit für Afrikaner_innen durch Reparationen«.

Die Stärkung von Partnerschaften mit Staaten des Globalen Südens und damit auch afrikanischen Ländern

war erklärtes Ziel der letzten Bundesregierung. Dadurch hat Afrika in den letzten dreieinhalb Jahren eine besonders hochrangige Aufmerksamkeit erfahren. Keine Bundesregierung vor der Ampelkoalition war in so kurzer Zeit so häufig und so regelmäßig auf dem afrikanischen Kontinent zu Gast. Im Vordergrund der Reisediplomatie standen demokratische Regionalmächte, die sich besonders für einen fairen Multilateralismus einsetzen: Bundeskanzler Olaf Scholz reiste nach Südafrika, Senegal, Kenia, Nigeria und Ghana. Eine der letzten Aktionen der Bundesregierung war die Verabschiedung aktualisierter afrikapolitischer Leitlinien, die einen notwendigen Paradigmenwechsel in der Zusammenarbeit anzeigen.⁵ Dem vorausgegangen war eine ambitionierte Neuaufstellung der Afrikastrategie des Entwicklungsministeriums.⁶ Gemeinsam ist beiden Dokumenten die strategischere Benennung von Interessen und Kooperationsangeboten für ein multipolares Zeitalter. Zusammen mit Afrika will man globale Krisen lösen, formuliert deutlicher als zuvor Eigeninteressen und zeigt sich gleichzeitig weiterhin solidarisch mit der Agenda 2030 der VN als gültigem Zielsystem.

Zur Bilanz gehören zudem konkrete Initiativen wie die Präsidentschaft der Sahel-Allianz durch Entwicklungsministerin Svenja Schulze oder die Intensivierung von historischen Aufarbeitungsprozessen des deutschen Kolonialismus, die durch den Besuch von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in Tansania oder die Rückgabe von gestohlenen Gegenständen durch Außenministerin Annalena Baerbock in Nigeria symbolisiert wurden. Dies war zwar nicht ausreichend und wurde auch von außenpolitischen Doppelstandards, vor allem in der Nahostpolitik, überschattet, aber dennoch gilt: So viel Afrikapolitik war nie.

Doch was folgt nun? Was hat die alte Bundesregierung liegen gelassen und was ist afrikapolitisch geboten für Deutschlands neue Regierung im beginnenden zweiten Viertel des 21. Jahrhunderts? Es folgen fünf Ideen für ein deutsches Engagement in Afrika, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, aber mit europäischer Einbettung und der Hoffnung, zu Diskussionen anzuregen.

⁴ Vgl. Appiah-Nyamekye Sanny, Josephine / Selormey, Edem E. (2021): »Africans welcome China's influence but maintain democratic aspirations«, in: *Afrobarometer*, 15.11.2021, <https://www.afrobarometer.org/publication/ad489-africans-welcome-chinas-influence-maintain-democratic-aspirations/>.

⁵ Vgl. Auswärtiges Amt (2025): *Gemeinsam Partnerschaften gestalten in einer Welt im Wandel. Afrikapolitische Leitlinien der Bundesregierung*, <https://www publikationen-bundesregierung.de/pp-de/publikationssuche/afrikapolitik-leitlinien-2329638/>.

⁶ Vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2023): *Gemeinsam mit Afrika Zukunft gestalten. Die Afrika-Strategie des BMZ*, <https://www.bmz.de/de/laender/bmz-afrika-strategie/>.

1. Idee: Eine neue Troika für das Horn von Afrika zur Stärkung der AU

Ohne Stabilität am Horn von Afrika ist der Außenhandel der EU gefährdet. Jeder dritte in die EU importierte Schiffscontainer fährt an dieser Region vorbei durch das Rote Meer. Aktuell existiert wohl keine Weltregion, die instabiler ist. Hier sollte sich Deutschland in ungewohnten Formaten stärker als bisher engagieren.

Im Sudan herrscht ein Krieg, der zur größten humanitären Katastrophe der Welt geführt hat und bis in die westliche Sahelregion ausstrahlt. Der Sudan ist de facto geteilt. In Somalia stoppt nur eine fragile AU-Mission die Übernahme der Hauptstadt durch den Al-Qaida-Ableger Al-Shabaab, während sich einzelne Landesteile, in denen sich zunehmend globale Terrornetzwerke festsetzen, vehement abspalten wollen. Die drohende Anerkennung Somalilands durch die neue US-Regierung würde diese zentrifugale Dynamik noch beschleunigen. Äthiopien wird durch den zentralistischen Kurs der Regierung Abiy Ahmeds immer instabiler, sucht aggressiv den Zugang zum Roten Meer und ist so seit 2018 vom regionalen Hegemonen und beliebten Partner des Westens zum Krisenherd geworden. Lokale Friedensabkommen in Äthiopien bleiben fragil. Im Südsudan droht ein neuer Gewaltausbruch, weil der Krieg im Sudan die Grenze überquert hat und kaum noch Öl exportiert werden kann. Dringend anstehende Wahlen wurden zuletzt erneut verschoben. Zudem kann Kenia die ihm vom Westen zuletzt zugeschriebene Rolle als neue Ordnungsmacht der Region de facto nicht ausfüllen. Die Regierung William Rutos agiert nach einer Protestwelle im Jahr 2024 innenpolitisch zunehmend paranoid und wirkt außenpolitisch gleichermaßen ambitioniert wie überfordert.

Das Konfliktsystem am Horn von Afrika war schon immer ein regionales. Nachbarländer wollten sich Mitsprache sichern, wenn auf der anderen Seite der Grenze über Frieden verhandelt wurde. Nach dem Ende der US-Hegemonie kommen nun neue externe Akteure mit großer Finanzkraft hinzu. In die bewaffneten Konflikte der Region ist somit eine rapide zunehmende Einmischung von Staaten außerhalb der Region zu verzeichnen. Hierbei handelt es sich um die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), Saudi-Arabien, die Türkei, Russland und den Iran. Die VAE profitieren beispielsweise von Gold aus der Region, während Russland und Iran jeweils eine eigene Marinebasis an der Küste des Sudan errichten wollen, wozu sie die Regierung in Port Sudan inzwischen explizit eingeladen hat. Hinzu kommen das internationale Terrornetzwerk IS, das sich in der somalischen Provinz Puntland festgesetzt hat, sowie die somalische Miliz Al-Shabaab auf der einen Seite und die Huthi-Rebellen im

Jemen auf der anderen Seite des Roten Meeres. Diese gefährden einen der wichtigsten Knotenpunkte des europäischen Außenhandels, der auch den so bedeutenden europäischen Handel mit China konkret bedroht. All das berührt Europas Kerninteressen.

Die zunehmende Zahl externer Akteure führt zu konkurrierenden Foren in der Region, die vorgeblich über Frieden verhandeln, die Suche danach jedoch eher erschweren – eine typische Begleiterscheinung von Multipolarität. So hat es seit dem Comprehensive Peace Agreement (CPA) im Sudan aus dem Jahr 2005 kein funktionierendes Friedensabkommen am Horn von Afrika mehr gegeben. Stattdessen folgten meist fragile Waffenstillstände und vorsichtige Abrüstungs- und Demobilisierungsvereinbarungen, die immer wieder scheiterten. Zu groß ist in der Region die erwartete Belohnung für einen erneuten Waffengang. Die AU und die VN sind derzeit vor allem im Sudan de facto politisch irrelevant. Das muss sich ändern. Allein können jedoch weder die EU noch die AU oder die VN viel erreichen. Es braucht daher abgestimmte regionale Ansätze in neuen Bündnissen; vermutlich auch besonders ungewöhnliche und pragmatische, die es vermögen, destabilisierende Einflüsse von externen Akteuren zu reduzieren. Klar ist, dass neue Mechanismen, die von externen Partnern entwickelt werden, in der Region »Ownership« besitzen müssen. Dafür kommt weiterhin nur eine enge Abstimmung mit der AU infrage, weil die Regionalorganisation IGAD (Intergovernmental Authority on Development) dafür zu schwach ist. Die Wahl des ehemaligen Außenministers von Dschibuti, Mahmoud Ali Youssouf, zum neuen Vorsitzenden der AU-Kommission ist eine positive Dynamik, da sein Vorgänger keine wirkungsvollen Initiativen zur Konfliktregulierung mehr auf den Weg bringen konnte. Nur ein mit der AU koordinierter Mechanismus kann Frieden am Horn von Afrika wahrscheinlicher machen.

Vor diesem Hintergrund sollte sich die neue Bundesregierung um die Einrichtung einer neuen Troika für das Horn von Afrika bemühen, bestehend aus der Türkei, China und Deutschland (federführend für die EU), um die Friedensbemühungen koordinierter als bisher zu unterstützen und dafür konkrete Anreize (sowie ggf. Sanktionen) zu setzen. Alle drei Länder haben Interesse an Stabilität am Horn, auch wenn der Einfluss in den Ländern der Region jeweils unterschiedlich ist. Genau das ist ein Vorteil: Deutschland ist in verschiedenen VN-Missionen in der Region engagiert, gilt als ehrlicher Vermittler, der die Zivilgesellschaft einbezieht, die AU finanzstark unterstützt und inzwischen das einflussreichste

EU-Mitglied am Horn von Afrika darstellt. In der Region wird Deutschland zudem immer offener gefragt, was die konkreten Interessen und erreichbaren Ziele der Bundesregierung sind. Darauf braucht Deutschland eine bessere und weniger abstrakte Antwort. In der letzten Bundesregierung lag trotz einer insgesamt gesteigerten Aufmerksamkeit für Afrika kein ausreichend großer Fokus auf dem Horn von Afrika. Es sollte ab jetzt stärker priorisiert werden. Hierfür ließe sich vom Berliner Prozess zu Libyen ab 2019 lernen, in dem sich Deutschland zugetraut hatte, eine Krise in Afrika federführend zu bearbeiten, auch wenn der Prozess letztlich hinter den Erwartungen zurückblieb. Auch der nun vorliegende Bericht der Enquete-Kommission »Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands« bietet konkrete Ansatzpunkte mit realistischeren Zielen.⁷

Deutschland allein besitzt allerdings nicht genug Einfluss am Horn von Afrika. Die Türkei hat seinen Einfluss in der Region hingegen stark ausgebaut und konnte zuletzt überraschende Erfolge bei der Vermittlung zwischen Somalia und Äthiopien erzielen. Derzeit ist die Türkei wohl das einflussreichste NATO-Mitglied in Afrika. Nun will man sich in Ankara der Krise im Sudan zuwenden, wo die Türkei aufseiten der Regierung Burhan in Port Sudan bisher jedoch als zu einseitig angesehen wird. China, mit dem es sich am Horn von Afrika niemand verscherzen will, ist weiterhin an VN-Friedensmissionen in der Region beteiligt, unterhält einen Militärstützpunkt in Dschibuti, interessiert sich für Bodenschätze in der Region und lud zuletzt sogar Vertreter_innen der Zivilgesellschaft einiger Länder des Horns ein, konkrete Vorschläge zu machen, wie sich Peking besser für Frieden einsetzen könnte. Zudem engagiert sich die Volksrepublik zunehmend bei der Stärkung afrikanischer Sicherheitskräfte im Rahmen der Globalen Sicherheitsinitiative (GSI), wovon auch die AU vermehrt profitieren soll. Klar ist, dass China weltweit gleichzeitig Wettbewerber und Rivale Deutschlands bleiben wird. Am Horn von Afrika kann der inzwischen wohl wichtigste Partner des Kontinents aber auch zu Deutschlands Partner in einem Zweckbündnis für die Region werden. Man sollte es zumindest versuchen.

Die deutsche Sondergesandte der EU für das Horn von Afrika, Annette Weber, könnte im Rahmen eines solchen trilateralen Koordinationsmechanismus eine zentrale Rolle einnehmen und müsste von Deutschland dann noch entschiedener unterstützt werden. Die EU hat mit ihrer Horn-von-Afrika-Initiative bereits einen Rahmen mit entsprechenden Ressourcen eingerichtet, durch den schon heute etwa grenzübergreifende Infrastrukturvorhaben in der Region durchgeführt werden. Der chinesische Außenminister Wang Yi bot auf der Münchner Sicherheitskonferenz eine bessere Verzahnung der Belt and Road Initiative mit der Global Gateway Initiative der EU an. Dies ließe

sich am Horn von Afrika konkretisieren, allerdings nur im Gegenzug für Friedensverhandlungen und humanitären Zugang in den Konflikten der Region. Eine Kombination von abgestimmten Anreizen und Druck könnte entscheidenden Einfluss auf die Konfliktakteure der Region entfachen. Eine neue Troika müsste also transaktionaler vorgehen, als es Deutschland und die EU in der Region bisher getan haben. Dabei könnte das deutsche Entwicklungsministerium ergänzend, ähnlich wie im Rahmen der Sahel-Allianz, bilaterale Initiativen in der Region vorantreiben, denn ohne wirtschaftliche Stabilisierung wird eine Stabilisierung der Region unmöglich.

Eine solche Troika sollte explizit eine von der neuen AU-Kommission unterstützte Kontaktgruppe einflussreicher Persönlichkeiten unter dem Dach der AU stärken und damit auch die Rolle der AU selbst. Diese müsste jedoch andere Wege als bisher finden, um nicht nur die Zivilgesellschaft der jeweiligen Länder zu konsultieren, sondern mit einer kleinen Gruppe aus führenden Vertreter_innen von Zivilgesellschaft und Expert_innen auch Gründe für das Scheitern jüngster Friedensbemühungen am Horn von Afrika zu identifizieren und neue Vorschläge zu unterbreiten. Diese werden harte Kompromisse enthalten müssen. Zu mächtig sind derzeit Militärs und bewaffnete Gruppen mit Gebietskontrolle in der Region, als dass diese ohne eine attraktive Exit-Option oder das Angebot politischer Beteiligung bewaffnete Konflikte beenden und verschwinden würden. Das erschwert Ansätze einer Transitional Justice.

Eine neue Troika, die sich explizit hinter Bemühungen bzw. Repräsentant_innen der AU stellt und zugleich eine eigene Gipfeldiplomatie zum Horn von Afrika in Berlin, Peking oder Ankara betreibt, würde es den verschiedenen Unruhestiftern in der Region, egal ob Russland oder den VAE, erschweren, das Horn von Afrika weiter zu destabilisieren. Auch im von Russland de facto lahmgelegten Sicherheitsrat der VN käme man möglicherweise besser voran, wenn China sein Gewicht in die Waagschale werfen würde. Westlichen Initiativen allein droht hingegen das russische Veto. Für all das braucht man Geduld, weil der Weg zu Frieden in der Region lang sein wird. Derzeit agieren Friedensmissionen der VN oder der AU am Horn von Afrika und sogar in ganz Afrika oftmals ohne die stabilisierende Grundlage eines funktionierenden Friedensabkommens. Peacekeeping ohne vorhergehendes Peacemaking ist von der Ausnahme zur Regel geworden. In einem multipolaren Zeitalter ist Peacemaking jedoch nicht ohne die Einbeziehung verschiedener Akteure inner- und außerhalb der Region zu realisieren. Dieser Herausforderung wird die nächste Bundesregierung begegnen müssen. Wenn auf chinesischer oder türkischer Seite kein ausreichendes Interesse dazu besteht, lohnt der Einsatz für vergleichbare Koordinationsformate in anderen ungewohnten Konstellationen.

⁷ Vgl. Deutscher Bundestag (2024): Enquete-Kommission »Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands«, https://www.bundestag.de/ausschuesse/weitere_gremien/enquete_afghanistan/.

2. Idee: Die Beziehungen zu Südafrikas und Ghanas neuen Regierungen vertiefen

Die durch freie Wahlen im Jahr 2024 neu legitimierten Regierungen Südafrikas und Ghanas machen beide Länder zu noch wichtigeren Partnern für Europa. Deutschland sollte die Partnerschaft mit beiden Ländern vertiefen. Im Mai 2024 gelang es dem in Südafrika seit 1994 regierenden African National Congress (ANC) unter Präsident Cyril Ramaphosa, nach dem erstmaligen Verlust der absoluten Mehrheit in kürzester Zeit eine Koalitionsregierung zu bilden. In Ghana fand erneut ein friedlicher Machtwechsel statt: Amtsinhaber Nana Akufo-Addo trat bereits vor der offiziellen Verkündung des Wahlergebnisses vor die Kameras und gestand seine Niederlage ein. Seit Januar 2025 regiert nun Präsident John Mahama, dessen National Democratic Party (NDC) über eine große Mehrheit im Parlament verfügt. Beides ist nicht nur eine gute Nachricht für die Demokratie in Afrika, sondern auch für Deutschlands außen-, entwicklungs-, wirtschafts- und sicherpolitische Interessen.

Südafrika, das einzige afrikanische G20-Mitglied neben der 2023 aufgenommenen AU, wird im November 2025 das erste Mal einen G20-Gipfel auf dem afrikanischen Kontinent ausrichten. Der neu gewählte Bundeskanzler wird dann in Pretoria auf den aktuellen G20-Vorsitzenden Cyril Ramaphosa und seine brasilianischen und indischen Vorgänger Lula da Silva und Narendra Modi treffen. Spätestens dort wird die neue Bundesregierung sehr direkt mit den in diesem Forum vergleichsweise kohärenten Prioritäten des Globalen Südens konfrontiert werden. Der G20-Gipfel ist damit eine Chance für Deutschland, zügig zu demonstrieren, dass die neue Regierung mit dem Globalen Süden dialogfähig bleibt. Kaum ein anderes afrikanisches Land treibt die Reform und Verteidigung der regelbasierten multilateralen Ordnung so nachhaltig, mit so viel Einfluss und so konkret voran wie Südafrika. Gleichzeitig spielt Pretoria erfolgreich und flexibel auf der Klaviatur der Multipolarität. 2023 richtete Südafrika den BRICS-Gipfel aus, der eine Expansion der BRICS-Mitglieder und -Partner einleitete. Bei aller Unterschiedlichkeit haben diese Länder gemeinsam, dass sie Alternativen in einer multipolaren Welt suchen. BRICS bietet genau das, aber auch nicht mehr – der heterogene Verbund wird von Südafrika vor allem als Mittel zum Zweck einer schnellen Reform der VN und der Bretton-Woods-Institutionen gesehen. Dies sollte die neue Bundesregierung aber keinesfalls davon abhalten, den Schulterchluss mit einem der demokratischsten Länder in Afrika zu suchen.

Südafrika ist nach der Wahl von Donald Trump in den USA und Sanktionen durch die neue US-Administration gezwungen, seine Partnerschaften im Westen außerhalb der USA zu festigen. Neben der absurden US-Kritik an der Landreform stören die USA vor allem Südafrikas gute Kontakte nach Russland, China und in den Iran. Eine weitere Verschlechterung der Handelsbeziehungen, etwa durch den Entzug von Handelserleichterungen, die Südafrika bisher im Rahmen der AGOA-Initiative (African Growth and Opportunity Act) genießt, ist daher möglich. Für die stark vom Westen abhängige südafrikanische Wirtschaft wäre dies eine große Herausforderung. Südafrikas Abhängigkeit von guten Handelsbeziehungen zur EU würde sich hingegen weiter erhöhen. Darin liegt die Chance für einen strategischen Dialog zwischen der EU und Südafrika, der bereits institutionalisiert ist.

Südafrika bleibt ein idealer Partner für Deutschland in Afrika – und zwar nicht nur aufgrund des geteilten Interesses an einer inklusiveren, gerechteren regel- und wertebasierten multilateralen Ordnung. Das Land verfügt über eine der progressivsten Verfassungen der Welt, exportiert wichtige Rohstoffe, vor allem nach Europa, besitzt weiterhin besonderen außenpolitischen Einfluss auf dem afrikanischen Kontinent sowie ein großes Interesse an engen Handelsbeziehungen zu Europa. So sind Deutschland und Südafrika füreinander die jeweils wichtigsten Wirtschaftspartner auf dem anderen Kontinent. Gleichzeitig hat Pretoria direkten Zugang zu Akteuren, die der Westen als feindlich einstuft. Die südafrikanische Regierung wurde dafür aus den USA immer wieder kritisiert. Man kann dies aber auch als Chance ansehen, da ein globales außenpolitisches »Burden Sharing« nur durch solche Kontakte ermöglicht wird. Gerade weil Pretorias erfahrenes Außenministerium auch direkt mit Counterparts in Russland, Iran, sogar mit der Hamas und vielen anderen spricht, kann es positiven Einfluss auf Krisen nehmen, die den Westen konkret betreffen, bei denen dieser aber derzeit keinen Einfluss auf entscheidende Konfliktakteure besitzt. Welche andere Demokratie der Welt kann das für sich beanspruchen? Diese Konstellation sollte viel strategischer genutzt werden als bisher.

Eine engere Abstimmung Südafrikas mit Europa wäre also wünschenswert. Dafür müsste Deutschlands Regierungskommunikation jedoch das nächste Mal darauf verzichten, Südafrika an den Pranger zu stellen, wenn es sich – was sein gutes Recht ist – an ein internationales Gericht wendet, wie im Fall der Klage gegen

Israel vor dem Internationalen Gerichtshof. Zudem sollte die deutsche Bundesregierung Südafrika – anders als die US-Regierung – nicht vor ein »Entweder-oder« stellen oder gar über gute und schlechte Partner belehren, sondern akzeptieren, dass Südafrika – wie die meisten Länder des Globalen Südens – eine strukturell blockfreie Außenpolitik betreibt und daher im Eigeninteresse auch weiterhin gute Beziehungen zu den erweiterten BRICS-Staaten pflegen wird. Südafrika sieht darin keinen Gegensatz zum ebenfalls explizit formulierten Interesse, die Partnerschaft mit Europa zu vertiefen. Gleichzeitig sollte Deutschland gemeinsam mit Südafrika solche Projekte vorantreiben, die konkret Ungleichheit reduzieren und Arbeitsplätze schaffen. Dazu gehören beispielsweise die weiter verbesserungsfähige Just Energy Transition Partnership (JETP), ein besserer Zugang zu internationaler Finanzierung und möglicherweise auch zu weiteren einseitigen Handelspräferenzen seitens der EU. So stärkt man indirekt auch die südafrikanische Demokratie und begründet eine stärkere Partnerschaft.

Südafrika bleibt einflussreich in Afrika, Ghanas Einfluss nimmt zu. Derzeit ist Ghana der vielversprechendste Partner Europas in Westafrika, um die multidimensionale Sahel-Krise in den Griff zu bekommen. So hat das wirtschaftlich und demografisch viel größere Nigeria nach den vorschnellen Interventionsdrohungen in Niger im Sommer 2023, damals noch an der Spitze der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS), einen enormen Vertrauensverlust in der Region erlitten. Nigeria ist damit mitverantwortlich für den Austritt der Putschregierungen in Mali, Burkina Faso und Niger aus der ECOWAS. Der weitere Einfluss von Côte d'Ivoire wird von den nächsten Wahlen und der Nähe zu Frankreich abhängen. Auch Senegal könnte nach den Wahlen 2024 ein wichtiger Partner in der Region werden, gegenwärtig sind die Signale aus Dakar hinsichtlich einer engeren Zusammenarbeit mit Europa jedoch gemischt. Ghanas Bedeutung ist damit gestiegen.

Ghana ist direkt von der Krise in der Sahelregion betroffen, weil es zunehmende Hinweise auf die Verbreitung von terroristischen Netzwerken aus dem Sahel in Nord-Ghana gibt. Dennoch ist das Land stabil und wird aufgrund seiner neuen Regierung auch nicht direkt mit dem Scheitern der ECOWAS im Umgang mit dem Putsch in Niger verbunden. Noch wichtiger scheint die große Glaubwürdigkeit des neuen Präsidenten John Mahama in der Region. Er war in seiner ersten Amtszeit nicht nur ECOWAS-Präsident, sondern auch einer der Architekten der Multinational Joint Task Force (MNJTF), die rund um das Tschadseebecken die Sicherheitssituation nachhaltig verbessert hat. Eine der ersten außenpolitischen Initiativen seiner nun zweiten Amts-

zeit war es, die Beziehungen zu den drei Putschländern Mali, Burkina Faso und Niger zu verbessern. Nur wenige Tage nach der Amtseinführung lud Mahama den malischen Premierminister Abdoulaye Maïga nach Accra ein, um über Möglichkeiten einer besseren Kooperation zur Eindämmung der Sicherheitskrise zu sprechen. Eine verstärkte Sicherheitskooperation der betroffenen Länder wäre begrüßenswert, auch um den Einfluss externer Akteure zu begrenzen. Deutschland sollte dies unterstützen. Der gemeinsame Antiterrorkampf der Putschregierungen mithilfe russischer Söldner hat zu einer Verschlechterung der Sicherheitssituation im Sahel geführt und erschwert zudem den nötigen politischen Dialog innerhalb der beteiligten Länder.

Gleichzeitig ist Frankreich, der ehemals wichtigste westliche Partner vieler Regierungen der Sahelregion und Westafrikas, in der Region diskreditiert. Das französische Militär wurde nicht nur von den Militärregierungen im Sahel, sondern auch von zivilen Regierungen wie im Senegal zum Abzug gedrängt. Wer glaubt, dass Frankreichs Unbeliebtheit allein durch Desinformation zu erklären sei, verwechselt Ursache und Symptom. Dies führt zu einer unangenehmen Erkenntnis für Deutschland: Die im Bundestagswahlkampf so oft beschworene deutsch-französische Freundschaft gefährdet die Glaubwürdigkeit deutscher Afrikapolitik in der geostrategisch wichtigen Sahelregion, zunehmend sogar in ganz Afrika. Terrorismus, Flucht und Migration sowie eine sich zunehmend verschlechternde Sicherheitslage, nur wenige Kilometer von Europas Südgrenze entfernt, kann der neuen Bundesregierung nicht egal sein. Es braucht daher einen vertraulichen, aber kritischen afrikapolitischen Dialog mit Frankreich sowie gleichzeitig eine fortgesetzte afrikapolitische Emanzipation von Frankreich. Das ist eine heikle, aber notwendige Aufgabe für die nächste Bundesregierung. Sie könnte 2027 nach Wahlen in Frankreich noch dringender werden.

Ebenso wichtig ist die Erkenntnis, dass eine Stabilisierung der Sahelregion nur durch Verhandlungen und politischen Dialog mit unangenehmen Gesprächspartnern möglich ist: Putschisten auf der einen und islamistische Terrornetzwerke auf der anderen Seite. Für die deutsche Außenpolitik in der Sahelregion bleibt daher die unbequeme Wahrheit, dass es ohne zwei Arten von Deals keine Stabilisierung geben wird.

Erstens braucht es mehr und nicht weniger strategischen politischen Dialog mit den Militärs in der Sahelregion. Eine Isolation der drei Putschregierungen im Sahel wäre angesichts deren anhaltender Beliebtheit in der Bevölkerung und deren Bedeutung für die Stabilität dieser riesigen Region unweit der NATO-Südflanke ein außenpolitischer Fehler.⁸ Ziel des Dialogs blei-

⁸ Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (2024): *Mali-Mètre 2024 – Hoffnung auch ohne Licht am Ende des Tunnels*, <https://www.fes.de/referat-afrika/neuigkeiten/mali-metre-2024-hoffnung-auch-ohne-licht-am-ende-des-tunnels/>.

ben weiterhin Transitionsfahrpläne hin zu zivilen Regierungen. Dies kann Europa durch deutlich bessere interne Abstimmung untereinander, nicht-öffentliche Diplomatie, diskreten Vertrauensaufbau sowie das Setzen von konkreten entwicklungspolitischen Anreizen jedoch besser erreichen als mit lauten Aufforderungen zu Wahlen. Es ist ein gutes Zeichen, dass der neue EU-Sondergesandte für die Sahelregion, João Cravinho, zuletzt in Niger empfangen wurde. Zudem steigt in Mali auch der innenpolitische Druck zu einer Transition. Beides sind für Europa ermutigende Signale, sich weiter zu engagieren. Hierzu gehört auch eine Stärkung der Botschaften in den Sahel-Ländern und der Kontakte zur Zivilgesellschaft.

Zweitens: Deutschland und Europa müssen wohl akzeptieren, dass die auch von den bedrohten Nachbarländern wie Ghana gewünschten politischen Transitionen in der Sahelregion mittelfristig zu einer Zunahme des Einflusses islamistischer Gruppen in künftigen zivilen Regierungen führen werden. Stabilität in der Sahelregion dürfte absehbar nur durch den Tausch von politischer Macht gegen ein Ende terroristischer Anschläge erreicht werden. Dies würde allerdings den Rückzug gewaltbereiter Akteure aus den Grenzregionen und einen Ausbau der staatlichen Daseinsvorsorge ermöglichen. Genau das ist essenziell, um die Gewalt zu beenden und die den aktuellen Militärregierungen so wichtige nationale Souveränität zu stärken, wohl wissend, dass echte Souveränität letztlich demokratische Legitimation erfordern wird. Deutschland sollte derartige Deals unterstützen oder zumindest nicht kritisieren, wie man es – Frankreich folgend – noch bis 2021 regelmäßig getan hatte. Damit würde man Ghanas zunehmend wichtige Diplomatie in der Region erleichtern.

3. Idee: Demokratie wirtschaftlich schützen

Die großen Jugendproteste in Kenia oder Mosambik im Jahr 2024 stehen symbolisch für eine wachsende politische Frustration in ganz Afrika.⁹ Immer mehr Menschen sind zunehmend unzufrieden angesichts einer ausbleibenden sozialen Teilhabe und sich verschärfender Ungleichheit, gerade auch in den Demokratien des Kontinents. Schuldenkrisen häufen sich, das Pro-Kopf-Einkommen in Afrika stagniert seit einem Jahrzehnt, Armut nimmt zu. Weitere Proteste werden in den nächsten Jahren in allen Regionen Afrikas folgen. Umfragen des *Afrobarometers* zeigen eine zunehmende Frustration junger Menschen auf dem gesamten Kontinent:¹⁰ So sehen zwar zwei Drittel der Menschen in Afrika Demokratie als einzig legitime Regierungsform, Parteienbindung und Wahlbeteiligung nehmen unter jungen Menschen jedoch ab. Wird eine demokratische Rechenschaft von den Regierenden nicht erbracht, werden radikale Alternativen beliebter. Die Zustimmung zu einem Eingreifen des Militärs bei Machtmissbrauch ist in ganz Afrika gestiegen, vor allem unter jungen Menschen und ganz besonders in der Sahelregion. Schon heute lebt die Mehrheit der Afrikaner_innen nicht in Demokratien. Politische Spielräume werden auf dem ganzen Kontinent kleiner und es gibt kaum wirtschaftliche Perspektiven.

Heute arbeiten weniger als zwölf Prozent aller Arbeitnehmer_innen in Afrika in verarbeitenden Industrien. In anderen Weltregionen, deren Länder Wohlstand erreicht haben, lag dieser Anteil – zumindest zeitweise – bei über 20 Prozent; ein erfolgreicher Entwicklungsweg ohne Industrialisierung wird auch in Afrika kaum möglich sein. Jährlich bis zu zwölf Millionen neue Arbeitssuchende streben derweil auf die liberalisierten afrikanischen Arbeitsmärkte mit gegenwärtig aber nur drei Millionen Arbeitsplätzen.¹¹ Die Mehrheit findet lediglich im sogenannten informellen Sektor ein klägliches Auskommen. Genau darum ist Industrialisierung auch explizites Ziel der Agenda 2063 der AU. Bisher deutet sich ein solcher Weg für afrikanische Länder jedoch nicht an; würde er – wie in Europa, Nordamerika oder Asien – auf fossilen Energien aufbauen, wäre das verheerend für das Weltklima. So arbeiten die meisten Afrikaner_innen weiterhin im prekären informellen

Sektor, die Mehrheit davon voraussichtlich ab 2035 in den rapide wachsenden Städten Afrikas, wo mehr als 60 Prozent weiterhin in informellen Siedlungen leben. Auch dieses Phänomen einer Urbanisierung ohne Industrialisierung ist historisch neu und stellt den Kontinent vor gigantische Herausforderungen.

Immer deutlicher wird, dass Demokratien instabil werden, wenn sie wirtschaftlich nicht liefern. Deutschland hat diese Erfahrung vermutlich wie kein anderes Land im 20. Jahrhundert gemacht und daraus nach dem Zweiten Weltkrieg Konsequenzen gezogen. Der heutige Reichtum baut auf einer Sequenz aus Schuldenerlass, einem investierenden Staat, der Anschubfinanzierung durch den Marshallplan und dem gleichzeitigen Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge und einer Re-Industrialisierung auf. Umverteilende Steuern, der Schutz kritischer Infrastruktur und junger Industrien gehörte ebenfalls dazu, übrigens auch in den heute reichen asiatischen Ländern wie Südkorea oder Japan. All dies hat das deutsche Wirtschaftswunder erst ermöglicht und damit die Demokratie stabilisiert. Genau das Gegenteil wurde und wird afrikanischen Ländern hingegen in den Schuldenkrisen der 1980er-, 1990er- und 2020er-Jahren empfohlen. Sie sollten und sollen sparen und sich wirtschaftlich öffnen.

Derzeit erneut eskalierende Schuldenkrisen und Inflation im Zuge von Corona-Pandemie, russischem Angriffskrieg und westlichen Zinserhöhungen bedeuteten eine neue Runde finanzpolitischer Austerität in mehr als 20 afrikanischen Ländern, ohne dass die Mehrheit von den mit diesen Schulden finanzierten Projekten profitiert hätte. Die Schulden wachsen derzeit in den meisten afrikanischen Ländern schneller als die Wirtschaft, was an durchschnittlichen Zinsen von knapp zehn Prozent liegt. Zum Vergleich: Deutschland kann sich gegenwärtig für ein bis zwei Prozent Zinsen verschulden. Dies führt dazu, dass der besonders von der im Westen ausgelösten Klimakrise betroffene afrikanische Kontinent mehr für den Schuldendienst zahlt, nämlich 2,4 Prozent des BIP, als für Investitionen, um sich vor der Klimakrise zu schützen (2,1 Prozent).¹² Knapp eine Milliarde Menschen leben in afrikanischen

⁹ Einige der folgenden Textpassagen wurden übernommen aus: Maihack, Henrik (2023): »Wut im Bauch«, in: *IPG-Journal*, 13.8.2024, <https://www.ipg-journal.de/regionen/afrika/artikel/wut-im-bauch-7701/>. Diese wurden hier ergänzt und aktualisiert.

¹⁰ Vgl. Afrobarometer (2024): *African Insights 2024: Democracy at risk – the people's perspective*, <https://www.afrobarometer.org/feature/flagship-report/>.

¹¹ Vgl. African Development Bank (2016): *Jobs for Youth in Africa. Catalyzing youth opportunity across Africa*, https://www.afdb.org/fileadmin/uploads/afdb/Images/high_5s/Job_youth_Africa_Job_youth_Africa.pdf.

¹² Vgl. UNCTAD (2024): »Global public debt hits record \$97 trillion in 2023, UN urges action«, <https://unctad.org/news/global-public-debt-hits-record-97-trillion-2023-unurges-action/>.

Ländern, die derzeit mehr für den Schuldendienst ausgeben als für Bildung und Gesundheit. Es verlässt also mehr Geld den Kontinent, als hineinkommt. Ein wirtschaftlicher Aufstieg wird so unmöglich.

Derweil sind Schuldenschnitte viel komplizierter geworden, weil private Gläubiger einen großen Anteil der Schulden halten. Auch das gemeinsame Rahmenwerk der G20 zur Entschuldung reicht nicht aus. Mehrere afrikanische Regierungen brauchen wieder den Internationalen Währungsfonds (IWF), um zahlungsfähig zu bleiben. Der IWF vergibt Notfallhilfen aber nur gegen Bedingungen. So fordert er traditionell höhere Steuereinnahmen und wirtschaftliche Liberalisierung. Da es aber nicht genug besteuerbare Arbeitsplätze gibt, bleibt den Regierungen nur die Besteuerung der eigenen Privilegien oder des täglichen Konsums beziehungsweise das Kappen von Subventionen für Alltagsgüter. Gegen diese regressiven Maßnahmen, die vor allem untere Einkommensgruppen hart treffen, gegen mangelnden wirtschafts- und sozialpolitischen Schutz sowie für mehr nationale Souveränität wird auch in den kommenden Jahren weiter protestiert werden, insbesondere wenn sich die Schuldenkrisen weiter zuspitzen. Sollte die US-Regierung durch Trumps Zölle selbstverschuldet eine neue Inflationskrise verkraften müssen, würden Zinserhöhungen und damit eine weitere Verschärfung der Schuldenkrisen in den in US-Dollar verschuldeten afrikanischen Ländern erneut absehbar. Weitere IWF-Programme mit verordneter Austerität wären die Folge, und damit auch weitere Proteste.

Wer aber Austerität in zunehmend unzufriedenen afrikanischen Demokratien einfordert, gefährdet damit die Demokratie. Noch glaubt die Mehrheit an ihr Versprechen. Die Kinder jener Eltern, welche die politische Liberalisierung und die gleichzeitigen Entbehrungen durch Strukturanpassungsprogramme der 1980er- und 1990er-Jahre miterlebt haben, suchen sich in vielen afrikanischen Ländern demokratische Formen, um ihren Unmut auszudrücken. Wo es sie gibt, berufen sich die Protestierenden, wie in Kenia oder Nigeria, auf demokratische Verfassungen und unerfüllte Wahlversprechen; ein chinesischer Einparteiensstaat ist für sie kein Modell. Dennoch haben sie den Glauben verloren, dass die amtierenden Politiker_innen, welche die mit dem Westen koordinierte Austeritätspolitik verantworten, noch einen Wandel vorantreiben können. In vielen politischen Ökonomien des afrikanischen Kontinents würde wirtschaftliche Umverteilung oder die Besteuerung von Finanzabflüssen in Steueroasen, wie sie von Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft vorgeschlagen wird, wohl zum Zusammenbruch bestehender Regierungsbündnisse führen. Sie sind der korruptionsanfällige Klebstoff, der diese zusammenhält.

Obwohl Europas Interessen derzeit eng mit einigen der unter Druck stehenden Regierungen, wie in Kenia, verknüpft sind, ist ein Dialog mit den Protestierenden

schon deshalb vernünftig, weil einige davon absehbar politische Verantwortung übernehmen könnten. Will man Vertrauen und Partner in Afrika gewinnen und Demokratien schützen, sind jedoch jenseits des Dialogs mit Protestierenden neue finanz- und wirtschaftspolitische Initiativen entscheidend, die unter Einbeziehung privater Gläubiger eine Entlastung in den Schuldenkrisen bringen, um die staatliche und private Nachfrage zu stimulieren und mittelfristig wieder ein attraktives Umfeld für in- und ausländische Investitionen zu schaffen. Lediglich Investitionen attraktiver zu machen, wie es deutsche Wirtschaftsverbände immer wieder fordern, wäre ohne die Erweiterung fiskalischer Spielräume für afrikanische Regierungen durch Schuldenschnitte ein Strohhalm.

Südafrikas G20-Präsidentschaft hat inzwischen konkrete Ideen zur Lösung der Schuldenkrisen vorgelegt. Auch der von der AU bei der Afrikanischen Entwicklungsbank eingerichtete, aber noch am Anfang stehende kontinentale Stabilitätsfond kann von Deutschland ohne großes Risiko unterstützt werden. Vorangehen könnte Deutschland mit der Einrichtung eines sogenannten Safe-Harbour-Gesetzes, das verschuldete Länder besser vor aggressiven Zahlungsforderungen privater Gläubiger schützt und Entschuldungsprozesse ermöglicht. Ebenso braucht es künftig dringend niedriger verzinsten Finanzierungsangebote für afrikanische Länder, die nicht zu neuen Schuldenkrisen führen. Das wird noch wichtiger, wenn die westlichen Budgets für Entwicklungszusammenarbeit weiter reduziert werden.

All dies ist auch für europäische Stabilitätsinteressen in Afrika relevant: Wenn afrikanische Arbeitsmärkte und urbane Infrastruktur weiterhin nur für eine kleine Elite funktionieren, wird die politische Situation instabiler. Die politische und wirtschaftliche Zukunft des Kontinents wird sich daher letztlich an der Frage entscheiden, ob es in den wachsenden Städten einen verbesserten Zugang zu öffentlichen Gütern und guten Arbeitsplätzen gibt. Will Deutschland also die Demokratien in Afrika stabilisieren, sollte es gleichzeitig die Zivilgesellschaft und die wirtschaftliche Nachfrage in Afrika stärken. Von dieser Nachfrage würde mittelfristig auch das exportabhängige Deutschland profitieren.

4. Idee: Die afrikanische Handelszone stärker an Europa anbinden

Wirtschaftlicher Aufstieg in Afrika wird nur über besser integrierte Märkte der vielen vergleichsweise kleinen Länder, oft ohne eigenen Meerzugang, funktionieren. Die afrikanische Freihandelszone AfCFTA (African Continental Free Trade Area) soll laut AU zur größten Freihandelszone seit Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) werden. Ab 2035 könnte das gesamtafrikanische Bruttoinlandsprodukt durch die AfCFTA um sieben Prozent steigen. Damit bildet die AfCFTA ein neues Dach für die so dringende wirtschaftliche Aufholjagd des Kontinents. Die AU erhofft sich von der Freihandelszone zudem eine deutliche Steigerung des Handels zwischen afrikanischen Ländern, der aktuell weniger als 20 Prozent des afrikanischen Gesamthandels ausmacht. Insgesamt zieht der Kontinent derzeit nur vier Prozent der weltweiten ausländischen Direktinvestitionen an, zuletzt sogar mit abnehmender Tendenz und meist nur im Rohstoffbereich. Damit wird deutlich, dass die afrikanischen Ökonomien weiterhin vorwiegend auf den Export unverarbeiteter Rohstoffe in Märkte außerhalb des Kontinents ausgerichtet sind. Wer die von der Bundesregierung als notwendig beschriebene Beschäftigung mit »kolonialen Kontinuitäten«¹³ konkret machen will, sollte sich für eine andere Handelspolitik einsetzen. Diese Abhängigkeiten zu verändern, kann unter dem Dach der AfCFTA leichter gelingen als in den vielen kleinen Staaten Afrikas.

Die Einführung der afrikanischen Freihandelszone geht inzwischen voran, bislang liegt jedoch kein ausreichend konkretes Angebot der EU vor, wie und mit welchen Anreizen man zwei der größten Handelsräume der Welt besser verbinden könnte. Anders als beispielsweise im Kontext des angestrebten Mercosur-Abkommens mit lateinamerikanischen Staaten findet auch keine breite außenpolitische Diskussion über die strategische Bedeutung eines solchen europäisch-afrikanischen Abkommens statt. Stattdessen wurde vor dem Besuch des Bundeskanzlers in Kenia im Jahr 2024 noch ein weiteres European Partnership Agreement (EPA) der EU mit Kenia vereinbart, also ein bilaterales Handelsabkommen, was Kohärenz mit der AfCFTA eher erschwert.¹⁴

Zukünftig bedarf es eines strategischeren und kohärenten Vorgehens der EU, will man den afrikanischen Kontinent auch geoökonomisch enger an sich binden. Dies ist

nahezu alternativlos, weil die Reduzierung der europäischen Abhängigkeit von China bei der Beschaffung von kritischen Rohstoffen wie Kupfer, Lithium oder Kobalt eine engere Zusammenarbeit sowohl mit afrikanischen als auch lateinamerikanischen Ländern erfordern wird. Das legt auch der Critical Raw Materials Act (CRMA) der EU nahe, in dem Afrika eine wichtige Rolle zukommt, da hier ein Drittel jener kritischen Rohstoffe liegen.¹⁵ Zudem hat der internationale Wettbewerb um afrikanische Rohstoffe zugenommen. Im Mittelpunkt steht die Frage, ob die kritischen Mineralien Zentralafrikas künftig eher über den Indischen Ozean Richtung Asien oder über den Atlantik gen Westen exportiert werden. Afrikanische Regierungen, beispielsweise in Sambia oder der Demokratischen Republik Kongo, machen sich dies zunutze und streben eine Neuaushandlung von Rohstoffabkommen zu ihren Gunsten an. Diese Neuaushandlungen liegen im Interesse Europas, weil bisher vor allem chinesische Unternehmen davon profitieren.

Die EU hat diesen Wettbewerb erkannt und investiert im Rahmen ihrer Global Gateway Initiative derzeit mit Hochdruck in den geostrategisch wichtigen Lobito-Korridor, der die rohstoffreichen Länder Demokratische Republik Kongo, Sambia und Angola durch Infrastrukturinvestitionen enger an den Westen binden soll. Das Projekt ist jedoch sehr zeitintensiv und bislang kaum sichtbar. Zwar erneuerte die EU-Kommission Anfang 2025 ihr Ziel des Korridor-Ausbaus durch eine Stärkung der Zusammenarbeit mit Angola, über dessen Hafen die Rohstoffe exportiert werden sollen, doch auch die USA hatten ihr Engagement in dieser Region zuletzt ausgebaut. Es war kein Zufall, dass US-Präsident Biden seine einzige Afrika-Reise in den letzten Tagen seiner Amtszeit nach Angola unternahm. Der Lobito-Korridor ist daher eines der wenigen Vorhaben in Afrika, das auch unter Präsident Trump weiterverfolgt werden könnte. Auch der teils erratisch agierende neue US-Präsident kann kein Interesse daran haben, dass diese Rohstoffe weiterhin vor allem nach China gehen.

Europa ist spät dran: Über 80 Prozent der Weiterverarbeitung von kritischen Rohstoffen aus Afrika findet gegenwärtig in China statt. 71 Prozent der afrikanischen Exporte aus Afrika nach China kommen aus Südafrika, Angola,

¹³ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2023), S. 7.

¹⁴ Vgl. Luke, David (Hrsg.) (2023): *How Africa Trades*, London; sowie Luke, David / MacLeod, Jamie (2023): *A New Trade Deal for Africa, Please!*, Friedrich-Ebert-Stiftung Genf, <https://geneva.fes.de/e/how-africa-trades-edited-by-david-luke.html>.

¹⁵ Vgl. European Commission (2023): *European Critical Raw Materials Act*, https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal/green-deal-industrial-plan/european-critical-raw-materials-act_en/.

Sambia und der Demokratischen Republik Kongo, also vor allem aus Ländern innerhalb des Lobito-Korridors.¹⁶ Auch das Interesse an grünem Wasserstoff leitet die deutsche und europäische Afrikapolitik zunehmend, wie durch hochrangige Reisen der Bundesregierung nach Namibia in den letzten Jahren unterstrichen wurde. Doch auch diese Projekte stehen in den jeweiligen Ländern unter Druck, weil die Regierungen und Gesellschaften Jobs und Weiterverarbeitung vor Ort erwarten. Immer mehr afrikanische Länder verabschieden Gesetze, die nun genau das festschreiben. So sind in Sambia, Namibia und der Demokratischen Republik Kongo zuletzt Gesetzesinitiativen auf den Weg gebracht worden, die einen Export von unverarbeiteten Rohstoffen einschränken sollen. Das ist entwicklungspolitisch sinnvoll, Deutschland sollte dies unterstützen und sich als besserer Partner jener neu entstehenden Industrien profilieren.

In Zeiten weltweit sinkender Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit wird es nämlich mehr denn je darauf ankommen, Handelsabkommen auch entwicklungspolitisch mitzugestalten. So kann Europa die Soft Power aufbauen oder festigen, welche die USA durch die Abschaffung ihrer Entwicklungszusammenarbeit gerade verspielt. Sofern Europa zum attraktiven Partner werden und auch gegenüber China aufholen will, muss es in seiner Handels- und Entwicklungspolitik allerdings etwas tun, was bisher fast immer ausgeschlossen wurde: die explizite Unterstützung und der Schutz von verarbeitenden Industrien in diesen Ländern. Mit anderen Worten: Die EU müsste strategischen afrikanischen Protektionismus, Technologietransfer und eine Weiterverarbeitung von Rohstoffen durch das Angebot von Finanzierung unterstützen und gleichzeitig einseitige Handelspräferenzen gewähren. Der einseitig gewährte zollfreie Zugang für afrikanische Least Developed Countries (LDCs) zum europäischen Markt würde Europa damit weiterhin zu einem beliebten und dem wichtigsten Handelspartner Afrikas machen. Dieser einseitig präferierte Zugang sollte allen Mitgliedsländern der AfCFTA gewährt werden. Europa würde dabei nur wenig verlieren, aber die Partnerschaft mit Afrika und letztlich den Aufbau von neuen Absatzmärkten stärken.

Die scheidende Bundesregierung hatte die notwendige Weiterverarbeitung von Rohstoffen in Afrika zuletzt immer wieder betont. Das war ein wichtiges Signal. Die neue Bundesregierung könnte hierfür nun konkretere Anreize und leicht zugängliche Finanzierungsmöglichkeiten schaffen – etwa Steueranreize oder andere Sicherheiten für deutsche Unternehmen, deren Investitionen eine klimafreundliche Weiterverarbeitung von Rohstoffen vor Ort ermöglichen und die sich an menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltspflichten in ihren Lieferketten halten. Afrikanische Gewerkschaften erwarten zu Recht, dass

neu geschaffene Jobs gut bezahlt und sicher sind. Die europäische Lieferkettenrichtlinie ist deswegen in Afrika beliebter, als die Debatten dazu in Deutschland suggerieren.

Unbeliebt ist in Afrika hingegen eine europäische Handelspolitik, die zunehmend von einer ungerechten Klimapolitik beeinflusst wird. Afrikanische Regierungen, Gewerkschaften und Unternehmen bringen diesbezüglich sehr ähnliche Beschwerden bei der EU vor. Dazu gehört der Vorwurf eines neuen klimapolitischen Protektionismus, der – so die Wahrnehmung – über den CO₂-Grenzausgleichsmechanismus CBAM (Carbon Border Adjustment Mechanism) den Handel besonders mit afrikanischen Ländern erschwert.¹⁷ Hierdurch werden energieintensive Produkte – in einem ersten Schritt Zement, Eisen, Stahl, Aluminium, Dünger, Strom und Wasserstoff – mit einem Klimazoll belegt, sofern es im Herstellungsland nicht bereits einen CO₂-Bepreisungsmechanismus gibt. Das soll Wettbewerbsnachteile für Unternehmen in der EU mit höheren Klimastandards ausgleichen und zu mehr Klimaschutz durch weniger energieintensive Produktionsformen anspornen. Würde CBAM wie geplant auf alle Produkte ausgeweitet, wäre bei einem europäischen CO₂-Preis von 87 Euro pro Tonne mit einer Verringerung der afrikanischen Exporte in die EU um sieben Prozent zu rechnen, was wiederum eine Absenkung des gesamtafrikanischen BIP um ein Prozent zur Folge hätte. Um es zuzuspitzen: Die EU gefährdet durch ihre Klima- und Handelspolitik derzeit sehr konkret die Armutsbekämpfung in Afrika. Der CBAM in der aktuellen Form widerspricht damit dem Prinzip der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung des Pariser Klimaabkommens.

Bis Ende 2027 will die Europäische Kommission eine Überprüfung des CBAM vornehmen. Dadurch entsteht die Möglichkeit, auf Defizite hinzuweisen und Änderungsvorschläge zu unterbreiten. Gleichzeitig bedarf es einer Entscheidung, was mit den Zolleinnahmen von neun Milliarden Euro bis 2030 passieren soll. Bisher sollen diese größtenteils in den regulären EU-Haushalt zurückfließen. Sinnvoller und strategischer wäre hingegen die Nutzung dieser Mittel, um beispielsweise afrikanische Staaten im Rahmen der Global Gateway Initiative gezielter und mit mehr Finanzvolumen zu unterstützen, besonders im Bereich klimafreundlicher Technologien. Nur zwei Prozent der weltweiten Investitionen in grüne Technologien gehen derzeit nach Afrika. Afrikanische Unternehmen werden zudem Hilfe bei der Umsetzung der CBAM-Regularien benötigen. Darüber hinaus sollte die EU handelspolitische Ausnahmen in den CBAM gewähren, um positiv auf die wirtschaftliche Stabilität in Afrika einzuwirken. Dies würde zu einem eng mit Europa vernetzten, aber von internationalen Schocks besser geschützten afrikanischen Wirtschaftsraum führen, was in Deutschlands Interesse liegt.

¹⁶ Vgl. Benabdallah, Lina (2024): *China's Role in Africa's Critical Minerals Landscape: Challenges and Key Opportunities*, <https://afripoli.org/chinas-role-in-africas-critical-minerals-landscape-challenges-and-key-opportunities/>.

¹⁷ Dieser Absatz baut maßgeblich auf einer internen FES-Analyse von Manuela Mattheß und Thomas Claes auf (Friedrich-Ebert-Stiftung: »CBAM: Grüner Protektionismus auf Kosten Afrikas«, 21.3.2024).

5. Idee: Mehr Pragmatismus für eine wertebasierte Afrikapolitik

Wertebasierte Außen- und Entwicklungspolitik hat inzwischen einen schlechten Ruf. Angst vor Krieg in Europa, notwendige Aufrüstung, die dadurch reduzierten Budgets für die Zusammenarbeit mit dem Globalen Süden und die leidige Diskussion um Radwege in Peru haben Spuren hinterlassen. Besonders die Entwicklungspolitik, die eben auch auf Solidaritätsinteressen und damit auf geteilten globalen Werten der VN sowie den Zielen der Agenda 2030 aufbaut, gilt einigen in Deutschland als nicht ausreichend transaktional, zu wenig geopolitisch, zu verschwenderisch oder nicht wirtschaftsfokussiert. So lautet häufig die Kritik von rechter Seite. Die radikalisierte Variante dieser Kritik führte zuletzt zur Abwicklung von USAID, die Länder wie Nigeria, Kenia und Südafrika ganz besonders trifft. Die Trump-Administration sabotiert damit de facto die Ziele der Agenda 2030, aber auch die nach rechts gerutschte EU kürzt derzeit Entwicklungsgelder.

Von links wird hingegen oft der Vorwurf laut, dass die Werte und Interessen deutscher Außen- und Entwicklungspolitik zu häufig paternalistisch vorgetragen würden. Außenpolitische Doppelstandards, etwa in der deutschen Nahostpolitik, werden kritisiert. Grundsätzlicher und vehementer wird eine Dekolonisierung der Entwicklungszusammenarbeit gefordert sowie ein Abbau neokolonialer Strukturen in der Handels- oder internationalen Finanzpolitik. Diese Forderungen verbinden die progressiven Stimmen in Deutschland mit denen in vielen afrikanischen Ländern. Eine Ausrichtung von Entwicklungspolitik allein an geopolitischen oder wirtschaftlichen Interessen wird skeptisch gesehen. Zwar wird weiterhin ein Anteil von 0,7 Prozent des BIP für Entwicklungszusammenarbeit eingefordert, aber eine direktere Unterstützung lokaler Organisationen im Globalen Süden mit diesen Mitteln erwartet. Es geht auch immer wieder um Forderungen von Kompensationen und sogar Reparationen. Die Entwicklungspolitik steht damit, vereinfacht gesagt, von rechts und links gleichzeitig unter Druck.

Ob eine wertegeleitete Außen- und Entwicklungspolitik (zu) paternalistisch ist, ist jedoch meist keine inhaltliche, sondern eine Stilfrage. Die AU teilt mit Europa Werte und Ziele wie Demokratie und Geschlechtergerechtigkeit. Alle Mitgliedsländer der AU haben entsprechende Resolutionen unterschrieben, auch wenn sich, wie in Europa, nicht alle daran halten. Dennoch berufen sich Aktivist_innen in Uganda und

Simbabwe darauf, genau wie Aktivist_innen in Ungarn oder Polen. Diese Ziele bleiben daher ein wertvoller Referenzrahmen. Unterdessen vernetzt sich eine hochgradig organisierte und aus den USA finanzierte rechtsautoritär-evangelikale Bewegung. Sie gefährdet gesellschaftspolitischen Fortschritt, den afrikanische Feminist_innen in breiten Allianzen über Jahrzehnte erkämpft haben. Die Ablehnung der deutschen und europäischen Lieferkettengesetze hängt auf beiden Kontinenten eher davon ab, ob man Arbeitnehmer_in oder Arbeitgeber_in ist. Afrikanische Gewerkschaften befürworten das Gesetz genau wie die deutschen, einige Unternehmen auf beiden Kontinenten sehen es kritisch. Eine schematische Trennung zwischen afrikanischen und europäischen Werten und Interessen ist für eine künftige deutsche Afrikapolitik also zu unterkomplex.

In einer Zeit des zunehmenden geopolitischen Transaktionalismus wäre es für viele Menschen in Europa und Afrika eine Katastrophe, wenn die von der EU und AU über Jahrzehnte vertretenen Werte und deren konkrete Unterstützung auch durch die Entwicklungszusammenarbeit, trotz aller Doppelstandards, komplett in den Hintergrund treten würden. Sie bleiben ein normatives Fundament von Interessen und sind entscheidende Soft Power der EU, welche die USA oder China nicht mehr oder niemals hatten. Auch die nächste Bundesregierung sollte dieses Fundament grundsätzlich schützen, gleichzeitig aber noch offener benennen, worin genau die deutschen Interessen liegen, wie sie sich zu den oft lautstark proklamierten Werten verhalten und warum dieses komplizierte Verhältnis häufig schwierige afrikapolitische Kompromisse erfordert. Genau dies wird bereits in den neuen afrikapolitischen Leitlinien der Bundesregierung versucht. Man sollte sie noch weiter konkretisieren.

Zukünftig könnte ein neues Prinzip deutscher Afrikapolitik lauten, dass eine engere außen- und entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit Autokratien nur dann infrage kommt, wenn diese Frieden in einer Region wahrscheinlicher macht oder etwa für den Klimaschutz oder ein anderes globales öffentliches Gut von entscheidender Bedeutung ist. Dies könnte einerseits für einen pragmatischen Dialog mit und konkrete Anreize für die Putschisten in der Sahelregion sprechen (siehe oben), sobald diese Schritte für eine politische Transition einleiten. Andererseits müsste ein solches Prinzip beispielsweise zur Aussetzung der europäischen Zusammenarbeit mit dem autokratischen

Ruanda führen, solange es die Region der Großen Seen grenzübergreifend und damit völkerrechtswidrig destabilisiert.¹⁸

Auf globaler Ebene bedeutet wertebasierte Afrikapolitik weiterhin, gemeinsam mit afrikanischen Partnern an einer Demokratisierung des Multilateralismus und dem Abbau einseitiger Abhängigkeiten zu arbeiten. Verbesserte Entwicklungsmöglichkeiten für afrikanische Staaten entstehen vor allem als Resultat globaler Kooperationen und Reformen. Hierauf sollte auch der Fokus der neuen Bundesregierung liegen. Die südafrikanische G20-Präsidentschaft hat konkrete Reformvorschläge zu einer verbesserten afrikanischen Repräsentation in multilateralen Gremien gemacht, denen sich Deutschland weiterhin anschließen sollte. Auch Deutschland gewinnt, wenn der Multilateralismus an Legitimität gewinnt. Die letzte Bundesregierung hat mit der vorangetriebenen Weltbankreform in den letzten drei Jahren bereits eine wichtige Skalierung von Mitteln erreicht. Dies muss fortgesetzt werden. Auch die Reform eines veralteten Bundesbankgesetzes würde sich lohnen, damit Deutschland – genau wie beispielsweise Frankreich – Sonderziehungsrechte des IWF in Schuldenkrisen an afrikanische Länder weitergeben kann. Grundsätzlich zeigen die verschiedenen derzeit laufenden und von der scheidenden Bundesregierung unterstützten Reformvorhaben in den Bretton Woods Institutionen, dass Multilateralismus reformierbar ist. Darüber hinaus sollte die angestrebte Mitgliedschaft Deutschlands im Sicherheitsrat der VN von 2027 bis 2028 dafür genutzt werden, die Forderung von zwei permanenten afrikanischen Sitzen im Sicherheitsrat zu verstärken.

Notwendig bleibt auch die Fortführung einer Afrikapolitik, welche die eigene Geschichte aufarbeitet und außenpolitische Doppelstandards vermeidet, auch wenn das nie komplett gelingen wird. Die Beschäftigung mit der eigenen kolonialen Vergangenheit und ihren andauernden Folgen ist inzwischen zur Grundlage für vertrauensvolle Partnerschaften in Afrika geworden. Europa und Deutschland werden daher auch in der Diskussion um Reparationen und Kompensationen – dem Leitthema der AU im Jahr 2025 – Stellung beziehen müssen. Dieses Thema an Museen und kulturpolitische Initiativen zu delegieren, wird nicht ausreichen.¹⁹ Dass ausgerechnet der konservative und mit der deutschen Christdemokratie eng verbundene ehemalige ghanaische Präsident Nana Akufo-Addo maßgeblich daran beteiligt war, Reparationen auf die

Agenda der AU zu setzen, zeigt die lagerübergreifende Bedeutung des Themas in Afrika. Darauf sollte die neue Bundesregierung vorbereitet sein, auch weil andere geopolitische Wettbewerber die verbrecherische europäische Kolonialgeschichte in Afrika zunehmend zu ihren Gunsten instrumentalisieren. Daher braucht es für dieses Thema weiterhin hochrangige Aufmerksamkeit in Berlin sowie die Einleitung von glaubwürdigen Prozessen, die Regierungs- und noch stärker gesellschaftliche Akteure auf beiden Kontinenten einbeziehen. Gleichzeitig bleibt auch eine Dynamisierung des stockenden Versöhnungsprozesses bezüglich des von Deutschen verübten Genozids in Namibia sowie weiterer Initiativen für die Aufarbeitung eigener Kolonialverbrechen in Tansania oder Kamerun unerlässlich.

Grundsätzlich bedarf eine moderne Afrikapolitik einer weiter modernisierten und damit postkolonial-sensibleren Entwicklungspolitik. Hierzu gehören insbesondere ein verstärktes Hinterfragen sowie der anschließende Wandel ihrer Außenstruktur und Annahmen. Zu oft basiert die deutsche Entwicklungszusammenarbeit noch auf der Annahme, dass es in Afrika vor allen an Wissen fehle, das von Deutschen vermittelt werden könne. Teure entsandte deutsche Berater_innen, die afrikanischen Ministerien oder Initiativen mit ihrem vermeintlich höheren technischen Wissen beraten, wirken jedoch seltsam aus der Zeit gefallen. Die Schlussfolgerung daraus ist jedoch keineswegs eine Reduzierung von Ressourcen für Entwicklungspolitik, sondern eine strategischere Priorisierung, insbesondere für die gemeinsame entwicklungspolitische Arbeit mit afrikanischen Partnern an Reformen der Handels-, Klima- und Steuerpolitik. Hierdurch könnten die in Afrika oft kritisierten neokolonialen Beziehungen nachhaltig verändert und die fiskalpolitischen Spielräume der afrikanischen Länder mittelfristig erhöht werden, während europäische Budgets langfristig entlastet würden.

Darüber hinaus gilt transparenter zu machen, was mit deutscher Entwicklungszusammenarbeit in Afrika erreichbar ist und was nicht. Der jährliche Investitionsbedarf in Afrika, den die African Development Bank (AfDB) als Voraussetzung für die Einleitung der bisher ausgebliebenen und so dringend nötigen strukturellen Transformation sieht, liegt zwischen 120 und 170 Milliarden Euro,²⁰ übrigens etwa genau so viel, wie – gemäß heutigen Preisen – nach dem Zweiten Weltkrieg von den USA für den Marshallplan für Europa aufgewendet wurde.²¹ Der gesamte Haushalt

¹⁸ Die europäische Unterstützung des ruandischen Militärs in Mosambik mag zwar den Anti-Terror-Kampf in Cabo Delgado effektiver machen, stellt jedoch zusätzliche Ressourcen für ein den Ostkongo destabilisierendes Militär zur Verfügung. Frieden wird dadurch unwahrscheinlicher.

¹⁹ Eickhoff, Karoline / Staeger, Ueli (2025): »Coming to Terms with the Past? Reparations as a Test for Africa-Europe Relations«, in: *Megatrends Spotlight* 44, 05.02.2025, <https://www.megatrends-afrika.de/publikation/mta-spotlight-44-coming-to-terms-with-the-past/>.

²⁰ AfDB (2018): *African Economic Outlook. Chapter 3 – Africa's Infrastructure: Great Potential but Little Impact on Inclusive Growth*, https://www.afdb.org/fileadmin/uploads/afdb/Documents/Publications/2018AEO/African_Economic_Outlook_2018_-_EN_Chapter3.pdf.

²¹ Für den Hinweis zum Vergleich der Budgets deutscher Entwicklungszusammenarbeit und Investitionen heute mit dem Budget des Marshallplans nach 1947 bin ich Olumide Abimbola dankbar.

des deutschen Entwicklungsministeriums betrug 2024 jedoch lediglich 11,2 Milliarden Euro, deutsche Direktinvestitionen betragen insgesamt nur 1,6 Milliarden.²² Die deutsche Entwicklungspolitik sollte sich mit ihren begrenzten Mitteln daher verstärkt für bessere globale Rahmenbedingungen für afrikanische Länder einsetzen, die Entwicklung überhaupt erst ermöglichen.

Dazu gehört beispielsweise eine von Europa unterstützte globale Steuerinitiative, die illegale Finanzströme und Schmuggel aus Afrika begrenzt. Jährlich verlassen 88 Milliarden US-Dollar den afrikanischen Kontinent auf illegale Weise, ungefähr vier Prozent des afrikanischen Bruttoinlandsprodukts.²³ Afrikanische Länder drängen daher auf eine besser koordinierte internationale Steuerpolitik durch eine Steuerkonvention bei den VN. Hierdurch ließen sich gleichzeitig die Legitimität von Steuerpolitik und die VN stärken. Auch die von Entwicklungsministerin Svenja Schulze und dem südafrikanischen G20-Vorsitz vorgeschlagene Milliardärssteuer würde wichtige Ressourcen bereitstellen. Behält die nächste Bundesregierung den »Compact with Africa« bei, sollte der Fokus auf der Mobilisierung solcher Ressourcen und Reformen liegen, die zu erhöhten Steuereinnahmen und guten Arbeitsplätzen in Afrika führen. Das war bisher nicht der Fall.²⁴

Die Stärke von Entwicklungspolitik in Afrika liegt in ihrer Langfristigkeit und Verlässlichkeit, die sich auch aus den in diesem Politikfeld beheimateten Solidaritätsinteressen ergeben. Auch das sind und bleiben deutsche Interessen. Zudem hat sie die besondere Fähigkeit, Vertrauen und gemeinsame Lösungskompetenz für globale Krisen zu entwickeln. Das ist mit der Kurzfristigkeit und Krisenorientierung deutscher Außenpolitik und außenpolitischer Aufmerksamkeit, insbesondere für Afrika, nicht zu erreichen. Das sollte auch die nächste Bundesregierung berücksichtigen.

²² Tayo, Teniola T. (2023): *Harnessing the AfCFTA for Increased German Investment in Africa*, Africa Policy Research Institute, 19.0.2023, <https://afripoli.org/harnessing-the-afcfta-for-increased-german-investment-in-africa/>.

²³ United Nations (2022): *Tackling Illicit Financial Flows in Africa Arising from Taxation and Illegal Commercial Practices*, <https://www.un.org/osaa/content/tackling-illicit-financial-flows-africa-arising-taxation-and-illegal-commercial-practices/>.

²⁴ Kappel, Robert / Reisen, Helmut (2019): *G20 Compact with Africa: The Audacity of Hope*, Friedrich-Ebert-Stiftung, <https://www.fes.de/en/shaping-a-just-world/peace-and-security/article-in-peace-and-security/study-g20-compact-with-africa/>.

Zum Schluss

Es lohnt sich, den Kontinent, von dem Europa nur 14 Kilometer trennen, im gegenwärtig und absehbar hochtourigen außenpolitischen Aufmerksamkeitswettbewerb auf der Agenda der neuen Bundesregierung weiter nach oben zu setzen. Spätestens im dritten Viertel des 21. Jahrhunderts wird man sich sonst fragen, warum die Afrikapolitik ab 2025 wieder vernachlässigt wurde. Das erfordert auch eine enge und bessere Abstimmung in der EU, weil Deutschland in einer multipolaren Welt, in welcher der Einfluss westlicher Länder künftig weiter abnehmen wird, letztlich nur gemeinsam mit Europa relevanten außen- und wirtschaftspolitischen Einfluss entwickeln kann. Gleichzeitig erfordert die Afrikapolitik der nächsten Bundesregierung eine bessere innenpolitische Kommunikation darüber, warum ein größeres Engagement in Afrika im deutschen und europäischen Interesse liegt.

Afrika ist längst in der multipolaren Welt angekommen. Die Regierungen der 54 afrikanischen Staaten sehen diese Welt als Chance, weil sie pragmatisch und selbstbestimmt zwischen ihren Partnern wählen können. Exklusive Partnerschaften mit afrikanischen Ländern kann es darin für Deutschland nicht geben, strategische und freundschaftliche aber in jedem Fall. In neuen und ungewöhnlichen Bündnissen mit einer selektiveren und damit strategischeren Auswahl afrikanischer Partner kann die neue Bundesregierung wichtige Partnerschaften in Afrika stärken – in engem Kontakt mit der Zivilgesellschaft und jenen, die bald Verantwortung übernehmen und das Ziel einer Demokratisierung der internationalen Ordnung teilen. Dafür braucht es mehr Mut zur außen- und entwicklungspolitischen Priorisierung, eine bessere Ressortabstimmung und die Erkenntnis, wo positiver Einfluss möglich ist und wo nicht, sowie den Einsatz dafür notwendiger Aufmerksamkeit und Ressourcen.

Über den Autor

Dr. Henrik Maihack leitet das Referat Afrika der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zuvor leitete er für die FES Büros in Kenia, Südsudan, Ruanda und Bangladesch.

Afrikapolitik nach der Bundestagswahl: Fünf Ideen

Der nächsten Bundesregierung wird in der Europäischen Union eine afrikapolitische Führungsrolle zukommen. Der europäische Außenhandel, die Zukunft des Multilateralismus und das weltweite Ansehen Deutschlands und der EU hängen zunehmend von guten Beziehungen zu Europas Nachbarkontinent ab. Hierfür wird die nächste Bundesregierung neue strategische Initiativen entwickeln müssen. Fünf Vorschläge für das künftige afrikapolitische Engagement der nächsten Bundesregierung sind:

- 1) Die Einrichtung einer neuen Troika aus China, der Türkei und Deutschland für das Horn von Afrika, die sich gemeinsam mit der Afrikanischen Union für eine Stabilisierung der Region einsetzt.
- 2) Eine deutliche Stärkung der Beziehungen zu den neu gewählten Regierungen Südafrikas und Ghanas, die für die Lösung globaler und regionaler Krisen entscheidende Partner sind.
- 3) Der bessere Schutz von afrikanischen Demokratien durch die wirtschaftliche Unterstützung in Schuldenkrisen und den Dialog mit Protestbewegungen.
- 4) Eine geoökonomisch engere Bindung der afrikanischen Freihandelszone AfCFTA an die EU.
- 5) Ein prinzipienorientierter Pragmatismus im Rahmen einer strategischer aufgestellten wertebasierten Afrikapolitik, die sich der eigenen Geschichte bewusst ist.

Weitere Informationen zum Thema erhalten Sie hier:

➔ [fes.de](https://www.fes.de)